

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktions- und Verlagsamt: Dresden, Neudorferstr. 12. Nr. 1268. Druck: Neudorferstr. 12. Dresden.

Abonnementpreis: Die Dresdner Volkszeitung monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 8,50 M., Einzelnummer 30 Pf. Schriftleitung: Neudorferstr. 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Neudorferstr. 10. Tel. 25261. Verkaufsstelle von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm. Anzeigenpreis: Die Dresdner Volkszeitung 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die Dresdner Volkszeitung 6,50 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Dreimonatslieferung 40 Pf.

Nr. 155 Dresden, Mittwoch den 6. Juli 1921 32. Jahrg.

## Der kommende Bürgerblock?

Vor einigen Tagen brachte die Frankfurter Zeitung von einem „gut informierten Politiker“ eine Aufsicht unter der Überschrift „Wiederkehr des Schwarz-blauen Bloßes?“. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Reaktion allenthalben erschrickt und die Annäherung zwischen den bürgerlichen Parteien einschließlich der deutschnationalen immer größer wird. In der letzten Zeit ist ja auch nur allzuoft der Fall eingetreten, daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die sozialistischen Parteien stimmten.

Die Sozialdemokratie ist zwar an der Reichsregierung beteiligt und der gegenwärtige Reichskanzler Birck hat den ehrlichen Willen, eine links gerichtete Politik zu treiben, wobei es allerdings sehr zweifelhaft ist, wie weit er die Unterstützung seiner Partei haben wird.

Aber in Preußen weigert sich Herr Stegerwald nach wie vor, Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen, trotzdem er sich unmittelbar nach der Annahme des Ministamtes für eine Umgestaltung der preussischen Regierung ausgesprochen hat. Herr Stegerwald würde allerdings so unglücklich sein, in seinem Kabinett Sozialdemokraten zu dulden, denn er jagt den Trugbild einer Einheitsfront nach, die möglichst von den deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie reicht, doch müßte dann die Sozialdemokratie bereit sein, mit Vertretern der Deutschen Volkspartei in der Regierung zusammen zu arbeiten. In einem Kabinett, wie es den Verzichtswünschen des Herrn Stegerwald entspräche, würde die Sozialdemokratie zwar vertreten sein, sie hätte aber nicht den ihr gebührenden Einfluß, sondern wäre nur ein Dekorationstitel. Herr Stegerwald will unter keinen Umständen gegen rechts regieren. Aber da die Parteien von rechts nicht gewohnt sind, irgend welche Zugeständnisse zu machen, so wird Herr Stegerwald nach der Weise der Reaktionäre zertreten müssen.

Am Reichstag haben sich wiederholt alle bürgerlichen Parteien zusammengefunden, um die Interessen der Arbeiterklasse mit Füssen zu treten. Alle bürgerlichen Parteien haben zusammengewirkt bei der Neuregelung der Brotlosgesetze, der Versorgung, die zur Folge hat, daß die Massen des Volkes zugunsten der Agrarier in der ärgsten Weise ausgewuchert werden. Man hat die Menge des Getreides, das zu einem festgesetzten Preis von den Landwirten abgekauft werden muß, lächerlich niedrig bemessen, und trotzdem die Agrarier bei dem Verkauf des freigesetzten Getreides ihrer Treidelernte riesige Gewinne machen können, ist nun auch der Preis für das ablieferungspflichtige Getreide so festgesetzt worden, daß den Landwirten dabei noch ein guter Gewinn bleibt. Bis auf einen kleinen Teil der Zentrumsgesandten haben alle bürgerlichen Mitglieder des Reichstages für die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne als Handelsflagge gestimmt. Sie haben damit bewiesen, daß sie es nicht wagen, den reaktionären Treibern von rechts gegenüber ihre republikanische Gesinnung entschieden zu betonen. Immer mehr wird der Eindruck verflärt, daß es außerhalb der Sozialdemokratie nur sehr wenige ehrliche Republikaner und Demokraten gibt. Daß sich unter solchen Umständen die Reaktion in der Verwaltung und in der Justiz immer mehr hervordrängt, ist nur zu erklärlich. Bezeichnend ist, daß das Reichsgericht als wieder abgelehnt hat, den Herrn von Jagow hinter Schloß und Riegel zu legen, trotzdem er die Justiz so sehr verhöhnt hat, und daß in einer Zeit, wo die Justiz Tag um Tag zeigt, daß sie dochwahrheitlich sehr wohl amüßlich vertritt, wenn es sich um Kommunisten handelt. Mit der Möglichkeit der Bildung eines rein bürgerlichen Bloßes gegen den Sozialismus muß aber vor allem gerechnet werden, wenn es gilt die Verteilung der Wiedergutmachungslöhne endgültig zu regeln. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Lösung der Wiedergutmachungsfrage nicht möglich sein wird, ohne daß auch die Volksmassen schwer bedrückt werden. Im bürgerlichen Lager aber sieht man fast nirgends eine Bereitwilligkeit zur Überwindung neuer Kräfte.

Gewiß stehen jeder neuen Steuerbelastung unter den gegenwärtigen Umständen schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegenüber. Eine hohe Belastung von Einkommen und Vermögen kann zu einer volkswirtschaftlich unerwünschten Erhöhung der Kapitalneubildung führen. Aber auch hohe indirekte Steuern sind ein schwerer Schaden für unsere Volkswirtschaft. Zweifellos können die Besitzenden noch recht tief in ihren Beuteln grübeln; während die große Masse der Arbeiter fast kaum fassen kann und das Notwendigste entbehren muß, sind alle Worte von Sozialistischer Überfülle und unrechtmäßiger Machenschaften überflüssig. Die Zahl der Leute ist recht groß, die sehr gut ihren persönlichen Bedarf samt gewaltig zugunsten der Allgemeinheit einschränken können.

Sollte man in bürgerlichen Kreisen glauben, daß die Sozialdemokratie sich dazu herablassen werde, eine Steuerpolitik mitzumachen, die die Massen schwer trifft und die Besitzenden dabei kommt, so wäre man auf dem Holzwege. Werden bei den kommenden Steuererlassen die bürgerlichen Klassen nicht sehr hart angefaßt, so wird die Sozialdemokratie aus der Regierung auscheiden und die bürgerlichen Parteien mögen dann ruhig einen antiozialistischen Völkchen bilden, der die Steuererlasse gegen die sozialistischen Parteien beschließt. Sie werden ja sehen, wie weit sie dabei kommen. In der Arbeiterklasse wächst, wie der Beschluß des Parteitag der bürgerlichen Sozialdemokratie von neuem wieder bekräftigt hat, immer mehr der Wille zur gemeinsamen Arbeit für den Sozialismus. Wenn die bürgerlichen Parteien das Verlangen dazu tun wollen, um die Arbeiterklasse enger zusammenzuschließen, so soll und das recht sein, letztere indes wird eine solche Politik dem Sozialismus zugute kommen.

## Das Steuerprogramm der Reichsregierung

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 6. Juli. Reichskanzler und Reichsfinanzminister Birck wird, wie bekannt, heute vormittag vor der Reparationskommission des Reichswirtschaftsrates über heute nachmittag im Plenum des Reichstages in großen Umfassen das Steuerprogramm der Reichsregierung mitteilen. Die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts über das Steuerprogramm dauern wochenlang angehalten. Man weiß, daß es erhebliche Gegensätze, insbesondere zwischen den Auffassungen des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums gegeben hat. Es ist jedoch gelungen, diese Gegensätze auszugleichen und eine Einigung innerhalb des Kabinetts zu erzielen. Der Gesamtbetrag, der zur gänzlichen oder teilweisen Deckung des Inlandbedarfs und der sich aus der Annahme des Ministamtes ergebenden Verpflichtungen jährlich durch bestehende, erweiterte oder neue Steuern aufgebracht werden soll, beläuft sich auf etwa 80 Milliarden Papiermark. Diese ungeheure Summe soll zur Hälfte durch direkte Steuern, aus andern Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Es ergibt sich ungefähr folgende Gliederung: Die Einkommensteuer; zu ihnen werden gehören: die Einkommensteuer, die durch eine höhere, feste Erhöhung entsprechend gestaltet werden soll, die erhöhte Körperschaftsteuer, die Kapitalertrag-, und die Kapitalertragsteuer, die Erbschaftsteuer, die eine erhebliche Erhöhung erfahren soll, die eigentliche Verbrauchsteuer, nämlich die laufende Verbrauchsteuer und die Reichssteuer, das „versteuert“ werden soll. Die Reform des Reichssteuerrechts ist in der Form gedacht, daß seine Erhebung auf zehn Jahre zurückverlegt werden soll. Bei seiner Verwirklichung soll dem Gegenwertwert ausgerechnet der Geldwertverlust Rechnung getragen werden. Um aber bei der Unsicherheit des Wertwertes Unrechtlichkeiten zu vermeiden, soll die Veranlagung von zwei zu zwei oder von drei zu drei Jahren neu erfolgen. In den Veranlagungen werden auch die Ergänzungsteuern der einzelnen Steuern hinzugezählt. Der Gesamtertrag der Verbrauchsteuer wird auf 40 Milliarden Mark geschätzt, der der Steuern auf Gewinne und Zinsen, die nicht erhöht werden, bei denen aber die bestehende Erleichterung in der Höhe kommen soll, auf fünf bis sechs Milliarden Mark. Sonstige indirekte Steuern: In diese Gruppe sollen die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1% auf 3 Prozent, mäßige Erhöhung der Rohlensteuer, Landmittelsteuer, Rindfleischsteuer und einige kleine andere Steuern. Das Jahresergebnis wird mit etwa 32 Milliarden angenommen.

Man entnimmt aus dieser unvollständigen Aufstellung, daß die direkten und indirekten Steuern einander etwa die Waage halten. Die direkten Steuern sind um wenige Milliarden höher veranschlagt als die indirekten. Dieses Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern ist zweifellos das Ergebnis politischer Erwägungen, die darauf gerichtet sind, die parlamentarischen Schwierigkeiten für die Durchbringung des Steuerprogramms zu verringern. Der Reichstag dürfte heute im Hinblick auf die Höhe des Reichsbedarfs und der Zwecke die Einsetzung einer besonderen Steuerkommission beschließen, der während der Sommerferien die Fortsetzung der einzelnen Steuererlasse obliegen würde.

Man entnimmt aus dieser unvollständigen Aufstellung, daß die direkten und indirekten Steuern einander etwa die Waage halten. Die direkten Steuern sind um wenige Milliarden höher veranschlagt als die indirekten.

## Die Berliner Garantiekommision

Berlin, 5. Juli. Die Berliner Kommission, die auf Anordnung der Garantiekommision eingesetzt worden ist, steht gleich mit der Oberaufsicht der deutschen Verwaltung auf dem Gebiet der Finanzen und der Wäse. An der Spitze der Kommission steht ein holländischer Beamter. Er hat einen Stab von Beamten zur Inspektion aller Zollmaßnahmen und zur Kontrolle der Einnahmen bei der deutschen Zollverwaltung. An der Spitze der Finanzabteilung wird ein Beamter der deutschen Finanzen im ganzen überwachen. Auch er hat einen Stab leitender Beamten für die Inspektion der örtlichen Finanzverwaltungen.

Im Hinblick auf die von Deutschland zu entrichtenden Reparationszahlungen hat die Kommission getrennte Finanzpläne für das Jahr 1921 bis 1922 und für die folgenden Jahre aufgestellt. Der Gesamtbetrag, den Deutschland mit Ende des am 30. April 1922 beendeten Rechnungsjahres zu leisten hat, ist auf 2 Milliarden 650 Millionen Goldmark angesetzt. Hierin sind 2.300 Millionen Goldmark bereits in Zahlungen von 300 Millionen Goldmark schon aufgebracht worden.

## Deutsche Lieferungen für Frankreich

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 7. Juli. Die der Antragskommission mitgeteilten deutsch-französischen Lieferungen am 11. Juli wieder aufgenommen. Der Austausch der Lieferlisten wird in nächster Zeit zwischen Kollmann und Lehoucq erfolgen. Das Abkommen, das geschlossen wurde, bezieht sich auf Waren- und Rohmateriallieferungen im Werte von 15 Milliarden (französischen) Goldmark oder Papiermark (Die Red.), die Frankreich von Deutschland zu fordern hat. Es handelt sich nicht bloß um Lieferungen für die zivilen Bedürfnisse, sondern auch um den Kauf von 500 Panzerwagen und 25000 Waggons von Frankreich.

## Berlin vor dem Lichtstreif

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 6. Juli. Im Laufe des heutigen Tages wird die Entscheidung darüber fallen, ob morgen Berlin Gas- und Elektrizitätsversorgung wieder aufnehmen und die Straßenbahnlinien stillgelegt werden. Die 3000 Funktionäre der holländischen Arbeiter haben gestern einmütig beschlossen, ihren Kollegen zu empfehlen, sofort in den Streik zu treten für die holländischen Gewerkschafter einzutreten und ihren Willen dazu in einer Abstimmung kundzutun, die heute vormittag bereits begonnen hat. Nachdem nach den Kommunisten auch die Funktionäre der U. S. V. D. für den Streik eingetreten sind, ist wenig Hoffnung vorhanden, daß der Ausbruch zu vermeiden sein wird. Der vor drei Wochen ausgebrochene Streik auf den holländischen Gütern ist für die Arbeiter verloren. Die Verhandlungen scheiterten, weil sich auf der einen Seite die Gewerkschafter mit geringfügigen Annehmlichkeiten nicht zufrieden geben wollten und auf der anderen Seite der Kapitalist sich außerstande erklärte, wesentliche Zugeständnisse zu machen, da er kaum noch Geld hat, keine angemessenen Pensionsleistungen zu erfüllen. Außerdem zahlt der Kapitalist den Gewerkschaftern mehr, als der höchste Löhnerlohn in Deutschland vorliegt.

## Zum Fall Jagow vor dem Reichstage

Berlin, 6. Juli. Am Ausbruch der politischen Streitigkeiten des Reichstages über den Fall Jagow über die Vorwürfe gegen den Minister Schiffer haben die Kommunisten ein Nichtanwesenheitsverbot beantragt, über das heute abgestimmt wird. Es wird abgelehnt werden. Die Sozialdemokraten haben in der politischen Debatte ihre Meinung ausgesprochen. Ihre Stellung zu der Regierung werden sie sich nicht von den Kommunisten vorzeichnen lassen.

## Der Kampf um Oberschlesien

Paris, 6. Juli. Ueber den Zwischenfall in Ostpreußen schreibt Quilès heute in der Revue: Wenn es Verantwortung für diesen neuen Zwischenfall gibt, so sind es unsere politischen Freunde, die durch ihren Ausbruch das Unbehagen entstanden und die Entscheidung des deutschen Reichstages herbeigeführt haben. Dadurch wird die schwierige Lage noch verwickelter. Die Entscheidung der Alliierten wird um mehrere Wochen hinausgeschoben, da sie über Entscheidung bisher nicht treffen konnten und nunmehr die Grenze nur unter Bedrohung mit dem Boykott setzen können. — Tom Nalin zufolge beschließt der Abgeordnete

Telegraf in der Nummer wegen des Zwischenfalls, der sich in Ostpreußen ereignet hat und der zu dem Tode des französischen Major Montaigne führte, zu unterbreiten.

Berlin, 6. Juli. Die Lösung der oberösterreichischen Frage treibt die Verhandlungen zu. Die österreichische Seite behauptet sich bereits eingehend mit der bevorstehenden Entscheidung des Obersten Rates. Es ist erklärlich, daß die französische Seite die polnischen Interessen verteidigen will, während in der englischen und zum Teil auch in der holländischen Seite auch die deutschen Interessen im gemeinsamen Interesse als vorrangig anerkannt werden. Der Oberste Rat ist die Kommission der Berliner Vertreter des Räumungsministeriums, der zunächst auf die Konferenz der oberösterreichischen Länder, die dann mit dem polnischen Rat in Oberösterreich, der die Vertretung des Industriegebietes zum Ziele hatte. Die Internationale Kommission in Genua hat, nach Ansicht der holländischen Journalisten, ihre Arbeit nicht erfüllt, die dann behandelt hätte, die Polen sofort aus Oberösterreich wieder hinauszujagen. Diese Intervention ist die einzige Gegenleistung der Verbündeten auf die Annahme des Ministamtes durch Deutschland. Der Verhandlungserfolg ist dem deutschen Selbstgefühl sehr geschadet worden, der nur deshalb entstanden ist, weil die deutsche Bevölkerung weiches Fleisch der polnischen Forderungen ausgespart wurde. — Dann heißt es weiter: Die Verhandlung, welche Deutschland in der oberösterreichischen Frage erfuhr, ist in hohem Maße eine Unrechtigkeit. Sie ist auf holländische Gefahr, sehr gering. Das hängt insbesondere mit der Haltung der holländischen Regierung, die sich nicht erhebt, weil die Forderung für Deutschland ist. Das ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Belgien sind auch die Engländer die Verhandlung ungerührt. Sie konnten aber wollen, es verschiedene Gründe hat nicht dagegen aufzutreten.

## Sitzung des Obersten Rates

Eigene Drahtmeldung  
Paris, 6. Juli. Marcel Quilès schreibt im Echo de Paris, daß er auf eine Anfrage, die er an einen ausnehmend gutunterrichteten Diplomaten über die nächste Sitzung des Obersten Rates in London erhielt, daß die Konferenz nicht vor Mitte August stattfinden wird.

Aus London wird gemeldet, die Times erklären, daß man in London keine weiteren Informationen erhalten habe, als daß Quilès vor dem 20. August seiner Tagung des Obersten Rates fernbleiben werde. In London ist keine Entscheidung über eine Konferenz, ein-erhalten und es sind keine Verfügungen getroffen worden für eine Konferenz, die in den nächsten Wochen in London stattfinden würde.